

Selbsthilfegruppe Hereditäre Fructoseintoleranz

gegr. 1993 in Neustadt / Aisch
<http://www.fructoseintoleranz.de/>

Satzung

des nicht eingetragenen Vereins "Selbsthilfegruppe hereditäre Fructoseintoleranz"

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1.

Der Verein trägt den Namen:

"Selbsthilfegruppe hereditäre Fructoseintoleranz, gegr. 1993 in Neustadt / Aisch"

2.

Der Verein hat seinen Sitz in 63584 Gründau

3.

Das Geschäftsjahr des Vereins beginnt am 01. Januar und endet am 31. Dezember desselben Jahres.

§ 2 Zweck, Aufgaben, Gemeinnützigkeit

1.

Zweck des Vereins ist die öffentliche Gesundheitspflege sowie die Ermittlung und Vermittlung von Kenntnissen über die Krankheit hereditäre Fructoseintoleranz (HFI) und die Unterstützung der von dieser Krankheit Betroffenen.

Der Vereinszweck soll insbesondere erreicht werden durch

- Hinweise zu Krankheitssymptomen
- Fallberichte aus der eigenen Krankheitsgeschichte von Betroffenen
- Unterstützung bei der Diagnostik
- Ernährungstipps (schriftlich und persönlich)
- Bekanntgabe und zur Verfügung stellen von Literatur
- Mitgliedertreffen mit Informations- und Erfahrungsaustausch
- Die seit dem Jahr 2000 unter der Adresse: <http://www.fructoseintoleranz.de/> angebotenen Informationen werden soweit möglich, ständig gepflegt und auf dem aktuellen Stand gehalten.
- andere Aktivitäten zur Förderung des Vereinszwecks

2.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.

3.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

4.

Mittel des Vereins dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden.

Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglied keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.

Ausgenommen hiervon sind Erstattungen von Aufwendungen für Vereinszwecke, sowie Zahlungen im Rahmen der Ehrenamts-Pauschale. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

5.

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines bisherigen Zwecks fällt das Vermögen des Vereins an Deutsche Gesellschaft für Humangenetik e.V., Goethestr. 29, D-80336 München, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige bzw. mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

§ 3 Mitgliedschaft

1.

Jeder kann Mitglied des Vereins werden.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich der Zweck und die Aufgaben des Vereins nach §2, Abs. 1 nur mit folgenden Krankheitsbildern befassen:

- hereditäre Fructoseintoleranz,
- FDPase-Mangel oder
- Saccharase-Isomaltase-Mangel

Bei nicht volljährigen Kindern oder bei, aus anderen Gründen nicht geschäftsfähigen Personen, muss auch ein gesetzlicher Vertreter Mitglied werden.

Zusätzliche Beiträge werden für gesetzliche Vertreter nicht erhoben.

2.

Voraussetzung für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag, der an den Vorstand gerichtet werden soll. Das Formular wird auf der Internetseite www.fructoseintoleranz.de zur Verfügung gestellt. Bei beschränkt Geschäftsfähigen ist der Antrag auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben. Dieser verpflichtet sich damit zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge für den beschränkt Geschäftsfähigen.

3.

Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand durch Mehrheitsbeschluss.

4.

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Ausschluss, Streichung von der Mitgliederliste oder Austritt aus dem Verein.

5.

Der Austritt eines Mitglieds aus dem Verein erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Bei beschränkt Geschäftsfähigen ist die Austrittserklärung auch von dem gesetzlichen Vertreter zu unterschreiben.

Gezahlte Beiträge werden nicht zurückerstattet.

6.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit der Zahlung von den Mitgliedsbeiträgen oder Umlagen im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, wenn nach der Absendung der zweiten Mahnung zwei Monate verstrichen sind und in dieser Mahnung die Streichung angekündigt wurde. Der Beschluss über die Streichung, soll dem Mitglied mitgeteilt werden.

7.

Wenn ein Mitglied schuldhaft in grober Weise die Interessen des Vereins verletzt, kann es durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung muß dem Mitglied Gelegenheit zur mündlichen oder schriftlichen Stellungnahme gegeben werden.

Der Beschluss des Vorstandes über den Ausschluss ist schriftlich zu begründen und dem Mitglied zuzusenden. Gegen den Beschluss kann das Mitglied Berufung an die Mitgliederversammlung einlegen. Die Berufung ist innerhalb eines Monats nach Zugang des Beschlusses beim Vorstand einzulegen. Die nächste Mitgliederversammlung entscheidet dann abschließend über den Ausschluss.

§ 4 Mitgliedsbeiträge

1.

Bei der Aufnahme in den Verein ist eine Aufnahmegebühr zu zahlen. Außerdem werden von den Mitgliedern Jahresbeiträge erhoben. Zur Finanzierung besonderer Vorhaben oder zur Beseitigung finanzieller Schwierigkeiten können Umlagen erhoben werden.

2.

Höhe und Fälligkeit von Aufnahmegebühren, Jahresbeiträgen und Umlagen werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt.

Die Aufnahmegebühr für neue Mitglieder beträgt zurzeit 5.-EUR

Der Jahresbeitrag beträgt seit 1.Januar 2002: 15.-EUR und wird per Lastschrift Mitte des Jahres abgebucht.

3.

Der Vorstand kann in geeigneten Fällen Gebühren, Beiträge und Umlagen ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

§ 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind
der Vorstand
die Mitgliederversammlung.

§ 6 Vorstand

1.

Der Vorstand des Vereins im Sinne von § 26 BGB besteht aus dem/der 1. Vorsitzenden, dem/der stellvertretenden Vorsitzenden, dem/der Schriftführer(in), dem Kassenwart und den Verwaltungsbeiräten; er vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich.

2.

Der Verein wird durch zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinsam vertreten.

3.

Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Er ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig; vor allem obliegt ihm die Führung der laufenden Geschäften des Vereins; hierfür kann er einen Geschäftsführer bestellen.

Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung sowie Aufstellung der Tagesordnung;
- Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung;
- Vorbereitung des Haushaltsplanes, Buchführung, Erstellung des Jahresberichts;
- Beschlussfassung über die Aufnahme von Mitgliedern bzw. deren Ausschluss oder Streichung von der Mitgliederliste.
- Die Verwaltungsbeiräte unterstützen den Vorstand in Bezug auf die Beantwortung der Anfragen per Email, den Buchversand und die Internetbetreuung.

§ 7 Wahl und Amtsdauer des Vorstands

1.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren; gerechnet von der Wahl an, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Zu den Vorstandsmitgliedern können nur Mitglieder des Vereins gewählt werden.

Mit Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt eines Vorstandsmitglieds.

2.

Scheidet ein Mitglied des Vorstands vorzeitig aus, so kann der Vorstand für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen einen Nachfolger wählen.

§ 8 Sitzungen und Beschlüsse des Vorstandes

1.

Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden; die Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Eine Einberufungsfrist von 1 Woche soll eingehalten werden.

2.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 seiner Mitglieder am Beschluss teilnehmen. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.

3.

Der Vorstand kann Beschlüsse auch schriftlich oder mündlich fassen, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Verfahren schriftlich oder mündlich erklären.

§ 9 Mitgliederversammlung

1.

In der Mitgliederversammlung hat jedes volljährige und geschäftsfähige Mitglied eine Stimme. Zur Ausübung des Stimmrechts kann ein anderes Mitglied schriftlich bevollmächtigt werden. Die Bevollmächtigung ist für jede Mitgliederversammlung gesondert zu erteilen; ein Mitglied darf jedoch nicht mehr als 3 fremde Stimmen vertreten.

2.

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

- Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplanes für das nächste Geschäftsjahr;
- Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstandes;
- Entlastung des Vorstandes;
- Festsetzung der Mitgliedsbeiträge;
- Wahl- und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes;
- Beschlussfassung über Änderungen der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
- Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes.

§ 10 Einberufung der Mitgliederversammlung

1.

Eine ordentliche Mitgliederversammlung hat mindestens einmal im Jahr, und zwar möglichst im März oder April, stattzufinden. Sie ist vom Vorstand unter Angabe der Tagesordnung mindestens 2 Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich oder per E-Mail einzuberufen.

Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens fallenden Tages. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

2.

Jedes Mitglied kann bis spätestens 1 Woche vor der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich eine Ergänzung der Tagesordnung beantragen. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Ergänzung bekanntzugeben. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Versammlung.

§ 11 Außerordentliche Mitgliederversammlung

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist vom Vorstand einzuberufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn 1/3 der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe beantragt.

§ 12 Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

1.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder dem Kassenwart oder dem Verwaltungsbeirat geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Versammlungsleiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.

2.

Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn 1/3 der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragen.

3.

Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder stets beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen wurde.

4.

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen.

Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen; zur Auflösung des Vereins eine solche von 9/10 erforderlich.

Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden.

Die schriftliche Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienenen Mitglieder kann nur innerhalb eines Monats gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

5.

Bei Wahlen ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Hat niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, eine Stichwahl statt. Gewählt ist dann derjenige, der die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das von dem Versammlungsleiter zu ziehende Los.

6.
Über Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 12 Auflösung des Vereins

1.
Die Auflösung des Vereins kann nur in eine Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 9/10 der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden (§ 12 Abs. 4).


2.
Falls die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.


3.
Das nach Beendigung der Liquidation vorhandene Vermögen fällt an den/die ... (§ 2 Abs. 5).


4.
Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend, wenn der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.


Die bisherige Satzung und deren Ergänzungen werden hiermit ungültig.

Steinach, den 20.03.2010

1. Vorsitzenden, Kerstin Seib: 

2. Vorsitzenden, Peter Ganß: 

Schriftführer, Kerstin Seib: 

Kassenwart, Peter Ganß: 

Verwaltungsbeirat, Martin Sacherl: 